DER BREMER ANTIFASCHIST

0,50 €

Landesverband der VVN / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V.

Juli/August 07-08/2009

Erschöpft, aber ....

Infostand beim Evangelischen Kirchentag in Bremen

Ob sich Leute ansprechen lassen, die hauptsächlich zur religiösen Inspiration zum Evangelischen Kirchentag nach Bremen gekommen sind?

Drei Tage lang auf Menschen zugehen, sie ansprechen, mit ihnen diskutieren, sie überzeugen und sie für unseren Kampf um ein Verbot der Nazipartei NPD gewinnen. *„Darf ich Sie kurz ansprechen?“ „Wir sammeln Gründe für ein Verbot der NPD!“ „Haben Sie zuhause schon ein Kamel oder ein Alien?“ „Nennen Sie mir* ***Ihren*** *Grund für ein Verbot der NPD!“* So oder ähnlich haben wir die an uns vorbei flutenden, spätestens ab dem dritten Tag auch sichtlich gestressten Menschen auf unseren Stand aufmerksam gemacht. Nur wenige reagierten unwirsch, viele interessiert. Selten war unser Stand leer, oft aber hatten sich Trauben gebildet, insbesondere wenn eine der zahlreichen Jugendgruppen vorbei kam. Und dann konnte es losgehen mit unseren Fragen, aber auch zuhören war angesagt.

Die meisten Argumente, die wir zu zerstreuen hatten, waren,

- Dass wenn die NPD verboten würde, die Nazis dann im unkontrollierbaren Untergrund weitermachen würden. *Einige unsere Antworten*: Die SPD-Innenminister haben mit ihrer kürzlich vorgelegten Dokumentation das Gegenteil bewiesen. Dann hätte man sie längst wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung verboten und be- straft, so aber sind sie durch das Parteienprivileg geschützt.

- Dass die Ideologie mit dem Verbot doch nicht aus Köpfen verschwunden sei. *Einige unsere Antworten:* Stimmt! Den Sumpf muss man trocken legen durch umfassende Information über die Verbrechen der Nazis und der Ideologie, die bis heute dahinter steckt. Den jungen Menschen müssen



Intensive Aufklärung an unserem Stand

durch bessere Bildung und Ausbildung echte Perspektiven geboten werden. Das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes darf nicht zur hohlen Phrase verkommen.

- Dass sie sich sofort wieder neu organisieren würden oder sich anderen bestehenden faschistischen Organisationen anschließen würden. *Einige unsere Antworten:* Kann sein. Aber, sie bekämen nicht gleich wieder Steuergelder in Millionenhöhe.

- Sehr oft bekamen wir zu hören, dass den Nazis auch das Grundrecht der Meinungsfreiheit zugestanden werden müsse. *Einige unsere Antworten:* Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen! Genau die, denen Meinungsfreiheit zugestanden werden soll, werden sie als Erstes abschaffen.

Zugegeben, nicht alles ist einem immer gleich eingefallen, obwohl jeder von uns alle diese Argumente schon mal gehört hatte und sich damit auseinandergesetzt hatte. Das Problem bestand u.a. darin, wie sage ich es der 85 Jahre alten Frau und wie sage ich es dem 15-Jährigen Punkie.

Die alte Dame schrieb schließlich: *„Ich will das für meine Enkel nicht mehr haben!“* und der Punkie: *„Die muss man verbieten, weil sie andere Lebensweisen nicht akzeptieren.“*

»Schweigen ist Blech, Reden ist Gold«

Nur damit kann der Erfolg, den wir hatten, erklärt werden, denn beinahe 500 ausgefüllte Zettel bekamen wir in diesen Tagen. Am Samstagabend nach dem Aufräumen waren wir alle stehend k.o., aber richtig glücklich!

Heinz Siefritz (Bundesschatzmeister)

.... glücklich

Ich kann mich den Worten von Heinz Siefritz nur anschließen, der Kirchentag war anstrengend, aber auch sehr interessant. Nachdem ich die 498 gesammelten Stellungnahmen nach gut einer Woche fertig eingegeben hatte, war ich wirklich erschöpft und hab zeitweise nichts mehr am PC lesen können. Manchmal hätte ich glatt einen Graphologen gebrauchen können und vielleicht im Geografieunterricht in der Schule ein wenig besser aufpassen sollen, dann hätte ich auch nicht so oft googeln müssen, wo ich welche Stadt finde.

Mir ist aufgefallen, dass die Jugendlichen sich manchmal mehr Gedanken über ein NPD-Verbot gemacht haben als die Älteren. Sie waren klarer in ihren Aussagen und haben nicht von unserem Flyer abgeschrieben, wie ich es manchmal erst vermutete. Vielen Dank nochmals allen auswärtigen Helfern, ohne Euch hätten wir es mit Sicherheit nicht geschafft, so viele Stellungnahmen zu bekommen.

Marion Bonk

DGB-Forum gegen Rechts in Delmenhorst bleibt wachsam

Auch in der Stadt Delmenhorst wird den Aktivitäten der NPD und weiteren rechtsextremistischen Gruppierungen kein Weg bereitet. Wir zeigen den Neofaschisten die rote Karte. Ein Verbot der NPD wird von uns voll und ganz mit getragen.

Mit den vergeblichen Kaufbemühungen des rechtsextremen Anwalts Jürgen Rieger um das Delmenhorster „Hotel am Stadtpark“ hat sich das DGB Forum gegen Rechts 2006 neu strukturiert. Heute treffen sich weiterhin 22 Personen aus unterschiedlichen örtlichen Organisationen in ihren monatlichen Treffs in der DGB Geschäftsstelle Delmenhorst. Über rechtsextreme Aktivitäten - allen voran der NPD - in unserer Stadt und Umzu wird informiert und Gegenaktionen vereinbart. Mit Info-Ständen in der Innenstadt, Plakataktionen und Protestbeteiligungen gegen Rechts in verschiedenen Städten wie Bremen, Oldenburg, Ganderkesee, Dresden usw. setzen wir auch ein Zeichen für eine Aufklärung über rechtsextreme Einstellungen, Rassismus und Antisemitismus. Friedlich, aber entschlossen gilt es Nazi-Aufmärschen entgegen zu treten. Für menschenverachtende Propaganda darf es keine Spielräume geben. Wer - wie die NPD - die Demokratie abschaffen will, muss als Partei verboten werden.
In Delmenhorster Schulen werden Projekte gegen Rechtsextremismus durchgeführt. Ausstellungen über den Faschismus legen geschichtliche Hintergründe offen. Fachreferate über rechte Strukturen geben Aufklärung. Die Informationen über rechte Gewalt und Menschenverachtung dürfen nicht abebben. In der Stadt Delmenhorst haben sich kleine rechte Gruppierungen gebildet. Ihre Aktivitäten erkennt man an den Flyer - Abwürfen auf Schulhöfen und wilden Plakatierungen in Stadtteilen. Im Internet präsentieren sie ihre Anliegen. Auch die Verteilung rechter Post in Briefkästen darf nicht unbeachtet bleiben.

In der DGB Geschäftsstelle wurde zwischenzeitlich eine Infothek über den Rechtsextremismus eingerichtet. Bücher und Broschüren werden kostenfrei ausgeliehen. Wir freuen uns, dass dieses Angebot insbesondere von Schülerinnen und Schülern angenommen wird.

DGB-Kreisverband Delmenhorst, Mai 2009,
Arbeitskreis: Forum gegen Rechts

Ulrich Kelm

Eindrücke

Vom gelungenen Kirchentag in Bremen lassen sich nur streiflichtartig ein paar Eindrücke wiedergeben. Dank vor allem allen, die an Vorbereitung und Durchführung unseres Informationsstandes in der Überseestadt mitwirkten. Es gab Andrang, NO-NPD-Aufkleber mit Kamel und Alien wur- den zum Renner, je nach Alter. Es gab einiges an Überzeugungsarbeit und viele hörenswerte Argumente. Durchschnittlich 166 Stellungnahmen pro Tag, drei Tage lang, darunter sehr viele Schnellentschlossene aus Vorpommern und auch aus Franken. Grummeln eher im Hintergrund, bei der CDU. Jüngere waren erstaunt, dass das Grundgesetz nach wie vor den Artikel 139 enthält, nach dem Nachfolgeparteien der NSDAP und Nebenorganisationen aufzulösen sind. Die Alliierten Gesetze zur Befreiung von Faschismus und Militarismus bestehen fort. Unter Adenauer wurden sie zum politischen Kampfinstrument gegen den antimilitaristischen Widerstand. Die von uns gesammelten Stellungnahmen zum NPD-Verbot spiegeln ein wenig die Unsicherheit wider, wie sich wohl ein NPD-Verbot auswirkt. Selbst Skeptiker waren sich im Klaren, dass man sie nicht einfach mehr weitermachen lassen kann. Befürchtungen kamen zur Sprache, dass ihre Funktionäre in den Untergrund abtauchen könnten. Aber der Untergrund sitzt bereits in ihren Vorständen. Sie könnten ja erst mal finanziell ausgetrocknet werden, wurde gesagt. Aber Verwaltungsgerichte in jüngster Zeit urteilten, dass eine Partei doch in ihrem Bestand zu erhalten sei. Die Kürzungen ihrer Fraktionsgelder dürften ihre Arbeitsfähigkeit nicht beeinträchtigen, egal ob die Gelder zweckentfremdet oder veruntreut wurden. Mehrfach havarierte die NPD am Konkurs vorbei, jedes Mal wurden ihre Schulden von den Parlamenten gestundet. Erstaunt waren nicht wenige Besucher, zu hören, dass V-Leute ja gar keine Staatsbedienstete, keine Schlapphüte sind, sondern Nazis, die gegen Strafnachlass oder Handgeld Interna ausplaudern. Aber lediglich in einem einzigen Falle verhinderte die Angabe eines V-Manns eine Straftat im Vorfeld.

Raimund Gaebelein

Ludwigsburg

Die Arbeit der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg stand im Mittelpunkt eines informativen Vortrags. Ihr Leiter, Oberstaatsanwalt Kurt Schrimm, erläuterte am 03. Juni im Schwurgerichtssaal des Bremer Landgerichts, wie es zur Entstehung dieser Stelle kam und wie begrenzt ihre Möglichkeiten ausgestaltet wurden. Lag bis 1950 die Ermittlung gegen NS-Verbrechen in alliierten Händen, so wurde die Ermittlungsarbeit gegen deutsche Staatsbürger deutschen Stellen übertragen. Die Väter des Grundgesetzes knüpften bewusst an das traditionelle Strafrecht des kaiserlichen Deutschland Ende des 19. Jahrhunderts an. Schrimm erläuterte, dass die Erfassung staatlich organisierten oder zumindest geförderten Mordtreibens damit überhaupt nicht erfasst werden konnte. Der Mordnachweis erforderte den Beweis einer festen Absicht oder tragenden Motivs niedriger Gesinnung zum konkreten Zeitpunkt der Tat. Die Verjährungsfristen waren vom Gedanken der Wiedereingliederung in die Gesellschaft geleitet. Die Aufhebung von Verjährungsfristen für Totschlag wurde bei der Schaffung gesetzlicher Grundlagen zur Verfolgung von NS-Verbrechen gar nicht erst in Betracht gezogen. Bei Mord wartete der Bundestag wiederholt schamvoll ab, dass Gras über die Sache wuchs.

Erst 1958 kam es zur Einrichtung der Zentralstelle, mit der Fälle wenigstens aufgenommen und bearbeitet werden konnten, die nicht in den unmittelbaren Zuständigkeitsbereich eines feststehenden Tatortes fielen. Die Zuarbeit alliierter Stellen war zögerlich. Insgesamt kann nicht geleugnet werden, dass der Wille zur rechtlichen Aufarbeitung von NS-Verbrechen nicht sehr ausgeprägt war. Das Kabinett der Staatssekretäre zu Beginn der Bundesrepublik war von nicht wenigen Belasteten besetzt. Die Frage der Perspektive der Zentralstelle ist noch nicht endgültig gelöst. Nicht mehr benötigte Akten werden jetzt schrittweise dem Bundesarchiv eingegliedert.

Raimund Gaebelein

Vierfache Schuld

In guter Tradition wurde der Kirchentag in Bremen am 20. Mai auf den Domtreppen mit einer Gedenkveranstaltung eröffnet. Das Domkapitel bekannte ein historisches Unrecht. Vor sechs Jahren bereits hatte Henri Morgenstern aufmerksam gemacht auf die antisemitische Darstellung der Kreuzigungsszene auf den Domportalen, 1891 entworfen vom Kölner Künstler Peter Fuchs. Jetzt erst wurde eine Tafel angebracht, ein Schritt zur inhaltlichen Auseinandersetzung. *„Verschiedene Darstellungen der Israeliten und Juden tragen deutlich antisemitische Züge. Die St. Petri Domgemeinde ist sich bewusst, dass es sich hierbei um christliche Antijudaismen handelt.“* Sie fühlt sich daher verpflichtet, Diskriminierungen aus ethnischen und religiösen Gründen entschieden entgegen zu wirken. Junge Gemeindemitglieder wiesen während der Erklärung Henri Morgensterns mit ....

weiter geht es auf Seite 6

Ein paar kritische Gedanken

Als wir am 29.05. zur Eröffnungsveranstaltung der Ausstellung zur Wehrmachtsjustiz und zur Ehrung Ludwig Baumanns gingen, bekamen wir vor dem Rathaus ein Flugblatt. Wir haben es erst abends gelesen. In dem darin abgedruckten Schreiben wird Herr Wulfekuhl von der Landeszentrale für politische Bildung wegen der Ablehnung der Zusammenarbeit mit der Roten Hilfe e.V., der Bremer Antikapitalistischen Linken und der Initiative Nordbremer Bürger gegen den Krieg bei der Erstellung des Begleitprogramms zur Ausstellung schärfstens kritisiert. Faktisch werden die Ablehnung und deren Begründung gleichgesetzt mit allem, was in der BRD an unsozialer, undemokratischer und friedensfeindlicher Politik seit 1949 im Dienste des großen Kapitals praktiziert wurde. Das, was in dem Schreiben dazu an Beispielen aufgeführt wird, sind Tatsachen. Dennoch kamen uns ein paar kritische Gedanken zu dieser Flugblattaktion.



Eindrucksvolle Ehrung von Ludwig Baumann

Die Ausstellung wurde von der Landeszentrale und der Georg-Elser-Initiative nach Bremen geholt. Dass mit der Eröffnungsveranstaltung die Ehrung Ludwig Baumanns verbunden war, deutete bereits an, dass es nicht nur um Erinnerung an Nazi-Verbrechen gehen würde, sondern auch um den Bezug zu dem, was seit 1945/49 in der BRD bis heute geschah. Sowohl in Böhrnsens Eröffnungsrede, wie besonders in Ludwig Baumanns Ansprache kam diese Aktualität gut zum Ausdruck. Wir fanden deshalb diese gegen Wulfekuhl und die Landeszentrale gerichtete Flugblattaktion ziemlich deplaziert. Dass es den Organisatoren dieser Aktion vor allem um Selbstdarstellung ging, ersieht man daraus, dass die Veranstaltung in ihrem Material mit keinem Wort erwähnt wird.

Die Entwicklung der BRD in den 60 Jahren ihres Bestehens ist nicht nur durch Reaktion gekennzeichnet, sondern auch durch den Kampf der Demokraten und Friedensfreunde und deren Erfolge. Als Beispiele nennen wir die Ostermarschbewegung gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr und den Vietnamkrieg, die 68er, auch die Schülerstreiks gegen die Fahrpreiserhöhung, die Aufhebung der Bannmeile um das Rathaus, die Legalisierung der Kommunistischen Partei usw. Gewiss, die BRD ist ein Staat mit kapitalistischer Wirtschaftsordnung und einer bürgerlichen Demokratie, mit Umverteilung von unten nach oben und mit einer imperialen Militär- und Außenpolitik. Dagegen unter den heutigen Bedingungen für die fortschrittlichen Kräfte Erfolge zu erzielen, setzt unserer Meinung nach vor allem massenwirksame (!) Aktionen wie unsere No-NPD-Kampagne voraus und aktive Arbeit in den demokratischen Massenorganisationen und -institutionen, z.B. in den Gewerkschaften, in den Stadtteil-Beiräten, ja, auch im Verein „Erinnern für die Zukunft" u.a. Die Flugblattaktion war nicht massenwirksam und deren Initiatoren sind unseres Wissens auch nicht in solchen Organisationen aktiv. In der Veranstaltung im Rathaus haben wir sie nicht gesehen.

Dass schließlich in diesem Flugblatt auf Seite drei als Unterstützer für zwei antimilitaristische Veranstaltungen eine Vielzahl von Organisationen und Initiativen, darunter auch unsere VVN-BdA, aufgeführt werden, macht den Eindruck als stünden sie alle hinter dem Schreiben an Wulfekuhl. Ob das gewollt war oder nicht, sei dahingestellt. Wir meinen, die VVN-BdA muss darauf achten, dass sie nicht als mitverantwortlich für eine Aussage oder eine Aktion genannt werden kann, deren Inhalte nicht ihren Grundpositionen entsprechen.

Inge und Herbert Breidbach

Persönliche Anmerkung dazu

Sehr betroffen war ich, zu hören, dass Ludwig Baumann beim Betreten des Rathauses gesagt wurde: *„Wie kannst Du Dich nur dafür hergeben."* Beide Veranstaltungen wurden im Bremer Antifaschist angekündigt, da wir die Auffassung teilten, dass sie möglich sein sollten, sei es im Rahmen oder in Ergänzung des Programms zur Ausstellung. Von einem Flugblatt, das nicht einmal die Unterschrift eines Bremers trägt, sondern in Göttingen entstanden zu sein scheint, in Kombination mit der Ankündigung, haben wir nichts geahnt.

Raimund Gaebelein

Das Offene Haus



Am 28. April war Sonja Sonnenfeld, eine der letzten noch lebenden Zeitzeugen des Dritten Reiches, zu Besuch in der Stadtbibliothek West. Sie zog mit ihrer lockeren Art und trotz ihres hohen Alters gleich jeden in ihren Bann. Bei mir entschuldigte sie sich, dass sie mich duzte, aber in Schweden sei es eben so üblich und sie könnte es sich nicht abgewöhnen. Ein Einblick in ihre Familie mit lustigen und nachdenklichen Anekdoten war zugleich der Einstieg in ihren Bericht über ihr Leben. Ihr deutscher Verleger, Helmut Donat, konnte ihren Redefluss auch kein wenig eindämmen, was auch schade gewesen wäre. Sie berichtete so anschaulich und lustig über ihr „Offenes Haus" in Schweden. Dort trefen sich über 20 Jahre jeden Sonntag Menschen aus aller Welt zu Gesprächen, um ihre Sorgen los zu werden, oder einfach nur um nicht allein zu sein. Immer wieder sprudelten Erlebnisse aus ihr raus, es war kein bisschen langweilig. Als sie nach ca. zwei Stunden ihren Bericht abschloss, war ich sicher nicht die Einzige, die ihr gern noch länger gelauscht hätte. Aber es gibt ja noch ihre beiden Bücher, wo man es nachlesen und noch vieles entdecken kann. In dem einen erzählt sie aus ihrem Leben, „Es begann in Berlin - Ein leben für Gerechtigkeit und Freiheit", erschienen im Donat Verlag ISBN 978-3-934836-32-7 (Preis: 12,80 EUR) und in „Das offene Haus", erschienen im Donat Verlag ISBN 978-3-934836-95-2 (Preis: 10,00 EUR), berichtet sie über ihre Erlebnisse in und um das offene Haus. Beide Bücher sind sehr anschaulich und zum Teil nachdenklich geschrieben. Wenn man Sonja Sonnenfeld life erlebt hat, hat man beim Lesen das Gefühl, sie erzählt es selber.

Marion Bonk

Die Emslandlager und die Militärjustiz

war das Thema von Frank Bührmann-Peters aus Georgsmarienhütte am 12. Juni in der Stadtbibliothek West. Heinz-Gerd Hofschen wies in seinen einleitenden Worten auf das besondere Ausmaß der militärge- richtlichen Verurteilungen während des 2. Weltkriegs auf Seiten der Wehrmacht im Vergleich mit dem 1. Weltkrieg oder auf Seiten der Westalliierten im 2. Weltkrieg hin. Zwischen 20.000 und 30.000 Todesurteilen und weitere ca. 100.000 andere Verurteilungen zu anderen Strafen ergingen zwischen 1939 und 1945 seitens der Wehrmachtsjustiz. Selbst exponierteste Vertreter dieser Unrechtsjustiz wurden von westdeutschen Staatsanwälten und Gerichten nicht bestraft. Im Gegenteil, sie kamen teilweise - wie der führende Kommentator des Militärstrafgesetzbuchs des 3. Reichs und Richter am Feldkriegsgericht Wien, Erich Schwinge, der Rektor der Uni Marburg wurde - nach 1945 noch zu höchsten Ehren.



Mahnmal für die „Nacht- und Nebelgefangenen" in Esterwegen

Frank Bührmann-Peters begann seinen Vortrag, indem er die Motivation für die Errichtung und die wechselnde Geschichte der Emslandlager darlegte. Zu Beginn sollten die nördlichen Lager (wie Börgermoor, Esterwegen) als staatliche Konzentrationslager vor allem die „wilden KZ" ablösen, aber auch Strafanstalten entlasten. Häftlinge waren hauptsächlich Kommunisten, Sozialdemokraten und andere Regimegegner. Doch bereits 1934 wurden bis auf Esterwegen alle bereits errichteten Lager (z.B. Börgermoor, Neusustrum) so genannte Strafgefangenenlager. Hier sollten gerichtlich verurteilte Häftlinge ihre Strafe nicht nur absitzen, sondern - genauso wie die KZ-Häftlinge - durch ihren Arbeitseinsatz das Moor in Anbaugebiete umwandeln. Waren in den KZ erst SA und noch 1933 SS für die Bewachung verantwortlich, waren die Strafgefangenenlager offiziell der Reichsjustizverwaltung unterstellt und Justizbeamte bewachten die Häftlinge. Ansonsten unterschieden sich die Haftbedingungen der Strafgefangenen nicht von denen der KZ-Insassen. Das KZ Esterwegen wurde als letztes KZ 1936 Strafgefangenenlager.

1938 wurden die südlichen Lager im Emsland errichtet (wie Wesuwe, Groß-Hesepe, Wietmarschen). Mit Beginn des 2. Weltkrieges dienten sie zur Aufnahme Kriegsgefangener. Nur sechs der nördlichen Lager (u.a. Esterwegen, Aschendorfermoor) blieben Strafgefangenenlager. Mit dem sich rasch ausweitenden Krieg kamen immer mehr von der Wehrmachtsjustiz aus der Wehrmacht ausgeschlossene Verurteilte in die Emslandlager. Der Ausschluss aus der Wehrmacht war nur bei Verurteilung zu einer Zuchthausstrafe möglich. Strafantritt war trotz Unterbringung im Lager aber erst ab Kriegsende vorgesehen. Häufigste Delikte waren kriminelle Handlungen (Diebstähle, Plündereien etc.), militärspezifische Delikte (Fahnenflucht, Unerlaubte Entfernung, Feigheit), Zersetzung der Wehrmacht (Abhören von Feindsendern, negative Äußerungen über Krieg, Führer, etc.) und Sittlichkeitsverbrechen (Sexualdelikte, Homosexualität). Den nunmehr zivilen Strafge- fangenen sollte es im Lager nicht besser gehen als an der Front und entsprechend waren die Bedingungen (Ernährung, Krankenversorgung, Unterbringung, Hygiene) auch. Als Gründe für die Lagerunterbringung nannte Bührmann-Peters die Abschreckung bei der aktiven Truppe, keine Verbesserung zur Frontsituation und die Möglichkeit eines zentralen Zugriffs auf die Häftlinge. Mit der Kriegswende trat die Moorlandkultivierung beim Arbeitseinsatz in den Hintergrund. Es wurde versucht die Häftlinge in Strafbataillonen (insbesondere 500) wieder nutzbar zu machen - sprich an der Front zu „verheizen" - oder in extra bei den Lagern angesiedelten Betrieben einzusetzen, die „kriegswichtige" Güter produzierten. Am Beispiel der Bremer Firma Klatte wurde deutlich, dass dies für die Häftlinge bedeutete, nicht immer eine Verbesserung im Vergleich zur Arbeit im Moor.

1944 verbot Himmler - als Chef des Ersatzheeres - die weitere Verbringung ehemaliger Militärangehöriger in die Emslandlager. Allerdings blieb das Lager 2 Aschendorfermoor trotz dieses Befehls als Lager für Wehrmachtsverurteilte erhalten. Eindringlich schilderte Frank Bührmann-Peters, wie der neunzehnjährige Soldat Herold sich mittels einer gefundenen Hauptmannsjacke als Offizier ausgab und die Ermordung von bis zu 195 Häftlingen im Aschendorfermoor befahl.

An Hand der Schicksale dreier Häftlinge (Kurt Hoppe, Hans-Hinrich Woltemathe und Carsten Wiechmann) mit bremischen Bezug veranschaulichte Bührmann-Peters die Folgen der Wehrmachtsjustiz und teilweise bis heute andauernden Folgen in der Bundesrepublik.

Mit der anschließenden Diskussion über das Verhalten von Aufsehern, Soldaten, Staatsbediensteten und der übrigen Menschen gegenüber den Opfern der NS-Herrschaft sowie über die historischen Ursachen und Hintergründe des Faschismus klang die Veranstaltung aus.

Ulrich St.

Nichts als Sterben

Mit einem 1960 in Dresden im Gedenken an die Opfer von Faschismus und Krieg von Dmitri Schostakowitsch geschaffenen Stück leitete das Streichquartett der Bremer Philharmoniker die Eröffnung der Ausstellung zu den Verbrechen der NS-Militärjustiz ein. Jens Böhrnsen betonte die Bereitschaft des Senats, künftig wie in der Vergangenheit das Rathaus für Ausstellungen zur Erinnerung und Mahnung an die Verbrechen des Faschismus zu öffnen. Mit Ernst Bloch bekräftigte er, dass Erinnerung an vergangenes Unrecht notwendig sei, um daran zu erinnern, was noch zu tun ist. Die Betroffenheit Bremens hatte Ingo Müller vor Jahren bereits in seiner Schrift über die „furchtbaren Juristen" dargelegt. Bis 1999 dauerte es, bevor das Unrecht der NS-Militärjustiz mit der Aufhebung der ersten Urteile als menschenverachtend und ungesetzlichen gewertet wurde. Zu diesem Zeitpunkt brauchten die Täter keinen Prozess mehr befürchten. Es dauerte drei weitere Jahre bis ein großer Teil der Verurteilungen aufgehoben wurden. Erst am 29. Mai, dem Tag der Ausstellungseröffnung in Bremen, wurde im Bundestag das letzte Tabu behandelt: Kriegsverrat begingen Menschen, die z.B. nach der Einberufung sich aus religiöser Überzeugung weigerten, den Eid auf Hitler abzulegen oder eine Waffe anzunehmen. Menschen, die in einer Gaststätte auf Hitler fluchten. Prof. Dr. Manfred Messerschmidt, früher leitender Historiker am militärgeschichtlichen ...

weiter geht es auf Seite 5

Unser Klub zu Besuch in Bremen am 04. Mai 2009

Erst ein paar Worte über unseren Klub. Der Klub wurde im Jahr am 07. Oktober 1965 gegründet. Es waren Genossen bei der kommunistischen Zeitung „LAND OG FOLK“, die so alt geworden waren, dass sie in Rente gehen mussten. Die Angebote für Freizeittätigkeit waren für sie nicht ausreichend, weil sie keine politischen Möglichkeiten einbezogen. Deswegen wurde der Klub ins Leben gerufen. Man sieht, dass es ein Hobbyklub ist, und Politik ist eben das Hobby! Wir mischen uns ein bei allen politischen Ereignissen, die in Dänemark und im Ausland für Arbeiter interessant sind. In den Statuten des Klubs steht, dass alle progressiven Menschen, die sich auf der politischen Linksseite befinden, Mitglieder werden können. Antifaschismus ist selbstverständlich. Zum dritten Mal waren wir zu Besuch in Heideruh in der Nordheide. Heideruh ist ein Ferien- und Urlaubsheim für Antifaschisten, und jedes Jahr kommen viele Genossen dahin zur Entspannung. In Verbindung mit unserem Programm ist immer einen Besuch in eine Gedenkstätte für Antifaschisten eingeplant.

U-Boot-Bunker und Gedenkstätten in Bremen waren dieses Jahr unsere Besuchsziele

Mit Helmut aus Heideruh wurde verabredet, dass wir in Bremen den Nazibunker und einige Gedenkstätten besuchen. Wegen vieler Straßenbaumaßnahmen kamen wir später in Bremen an als geplant. Am Bunker wurden wir von Gerd Meyer, dem Leiter der Friedensschule in Bremen, und Raimund Gaebelein, dem Vorsitzenden der VVN-BdA in Bremen, empfangen. Gerd Meyer erzählte die Geschichte des Bunkers und die Absicht der Nazis. Er war als eine supermoderne Fabrik für U-Boot-Bau geplant, weil der Luftkrieg schon verloren war. Er war ein engagierter Erzähler, und durch ihn konnten wir die Leiden der KZ-Häftlinge, die da als Sklavenarbeiter tätig waren, und die Brutalität und Bestialität der SS-Aufseher buchstäblich fühlen. Er erzählte, dass die Alliierten erst kurz vor der Fertigstellung des Bunkers Bombenangriffe durchführten, um zu sichern, dass die Zerstörung des Bunkers vollkommen wurde, so dass keine Fabrikation mehr möglich wäre.

Besichtigung des Bunkers - ein Erlebnis zum Nachdenken

Normal war Besuch im Bunker nicht gestattet, die Genossen hatten es aber für uns ermöglicht, so dass wir, mit Ausweisen versorgt, den Bunker in all seiner Größe sehen konnten. Die Hallen sind enorm, und die Decke und Mauern meterdick. Ein Mitarbeiter des Bunkers berichtete, wie die Produktion als Elementbau geplant war, und welche Typen von U-Booten hätten gebaut werden sollen. Er ergänzte diese mit der Information, dass schon während des Baus des Bunkers einsichtsvolle Personen die Pläne für Wahnsinn erklärt hätten. In den Bunkerhallen waren Fotos von dem Bau des Bunkers ausgestellt. Da sahen wir Häftlinge in ihren Lumpen, und uns wurde erzählt, dass sie ob Winter oder Sommer gleich gekleidet waren. Arbeitssicherheit war ebenfalls gleichgültig, Unfälle wurden nicht ernst genommen, denn man holte nur Ersatz von einem nahe liegenden Lager. Krankheiten waren unvermeidlich, und die Todesrate war unter den Häftlingen sehr hoch. Die Lager waren unweit vom Bauplatz angelegt, und die Arbeitszeit war 12 Stunden. Jeden Tag mussten die Häftlinge vom Lager zum Bunker marschieren, ohne Rücksicht auf das Wetter.

Gedenkstätten wo die Lager eingerichtet waren

Nach Besichtigung des Bunkers trafen wir uns bei einem Denkmal für die Opfer der Nazifaschisten in Bremen. Hier kam Genosse Gaebelein zum Wort. Auch er ist ein engagierter Antifaschist, und er erzählte, dass die Kommune in Bremen die Errichtung von Gedenkstätten unterstützte, so dass es möglich wurde sie zu erhalten. Er berichtete, dass rings um Bremen etliche KZ-Lager gebaut waren. Ganz kurz nach Hitlers Machtübernahme wurden solche Lager in Gebrauch genommen, denn die Kommunisten waren die ersten, die inhaftiert wurden. Er berichtete über die Gründung der VVN, und wie die Arbeit in dem Verein in Bremen war. Er ist Redakteur einer monatlichen Publikation „Der Bremer Antifaschist“. Er konnte erzählen, dass in Bremen und anderswo in der BRD diskutiert wird, welche Maßnahmen man durchführen müsste, um die Faschisierung der Gesellschaft zu vermeiden. Es war ermunternd zu erfahren, dass in BRD ernst diskutiert wird, dass man die Nazibewegungen verbieten sollte. Es ist ja in den sogenannten demokratischen Ländern so, dass die Nazis durch die Polizei geschützt werden, wenn sie demokratisch demonstrierende Leute angreifen, während die Demokraten verhaftet werden. Laut UNO-Beschlüsse hätten sie ja keine Existenzmöglichkeiten haben sollen!

Bremen - eine Stadt, die einen Besuch wert ist

Nach Besichtigung von zwei Gedenkstätten, wo Raimund uns Weiteres erzählte, fuhren wir in die Stadt. Hier merkten wir, dass er ein BREMER ist. Ebenso politisch engagiert wie er über die Naziverbrecher erzählte, führte er uns begeistert in die Geschichte der Stadt. Er konnte sowohl die Personen als die Bauten gegenwärtig beschreiben, so dass es uns leicht vorstellbar war, wie es früher war. Wir hatten das Glück, dass ein historisches Tableau vorgeführt wurde in einer der alten Strassen, als wir da waren. Es wurde irgendwie eine Bestätigung seiner Erzählungen. Viele in unsrer Gruppe waren zum ersten Mal in Bremen. Sie versprachen sich, dass es nicht das letzte Mal war! Als wir satt von Eindrücken waren und uns von Raimund verabschiedeten, sagten wir einen herzlichen Dank an ihn und Gerd für ihre Teilnahme an unsrem Besuch. Spät nachmittags fuhren wir zurück nach Heideruh - sehr zufrieden, aber ein wenig müde.

Mit kameradschaftlichen Grüssen
Ove John Nielsen
(Vorsitzender des Klubs)

Nichts als Sterben

... Forschungsamt Freiburg, verdeutlichte den Blick der Kriegsrichter auf den einfachen Soldaten. Drei Juristen und zwei Offiziere stuften die Angeklagten regelmäßig als Versager, Störer, Psychopathen ein, als haltlos und minderwertig. Ihr Urteil konnte nicht hinterfragt werden. Zum Urteil wurde es erst mit der Bestätigung durch den Feldkommandanten und Kriegsherrn. Gegen ein Kriegsgerichtsurteil gab es keine Berufung. Über 25.000 Opfern kostete die Mordmaschinerie das Leben. Wer begnadigt wurde, den erwarteten Strafgefangenenlager mit KZ-ähnlichen Bedingungen und Strafbataillon, Minenräumen vor der Front. Nichts als Sterben. Sichtlich bewegt schilderte Ludwig Baumann (87) die Entstehung der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz und den langen Kampf von 37 Überlebenden um Wiederherstellung ihrer Würde. 40 Minuten brauchte das Feldgericht für sein Todesurteil, 10 Monate musste er in der Todeszelle mit Ketten an Händen und Füßen gefesselt verbringen, bis ihm die längst erfolgte Begnadigung mitgeteilt wurde. Über Esterwegen und Torgau/Fort Zinna kam er ins Bewährungsbataillon 500. Er überlebte. Am 29. Mai 2009 endlich wurde er im Bremer Rathaus durch Bürgermeister Böhrnsen für die langjährigen Bemühungen um die Wiederherstellung der Würde der Opfer der NS-Militärjustiz ausgezeichnet.

Raimund Gaebelein

Sondergerichte

Eine erhebliche Gefahr für Deutschland?

In einer kleinen Anzeige im Mitteilungsblatt ehemaliger Zwangsarbeiter aus den Niederlanden suchte Michael Hensle (Berlin) Menschen, die während des Krieges wegen Abhörens so genannter Feindsender verurteilt worden waren. Vor dem Bremer Sondergericht gab es zu dieser Zeit 16 Verfahren gegen 25 Personen wegen Abhörens ausländischer Sender. Unter den Verurteilten waren auch sieben Niederländer. ...

weiter geht es auf Seite 6

Eine erhebliche Gefahr....

... Jean Benoit (Amsterdam): *„Während des Krieges war ich tätig bei der A.G. Weser U-Boot-Werft, sie existiert jetzt nicht mehr. Ein Zimmergenosse, Henk Kloot genannt, ging zu einem anderen Bewohner, um «Feindsender» zu hören. Wir waren damals im Lager Tirpitz, Schwarzer Weg, Bremen-Gröpelingen, untergebracht. Ist erwischt und zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden und saß im Gefängnis in Bremen ein. Dort habe ich ihn auch besucht."* Im Polizeibericht vom 27. Oktober 1943 hieß es über ihn: *„Besonders hartnäckig zeigte sich der erst 19jährige Kloot. Nachdem er in der ersten Vernehmung alles bestritten hat, bekannte er sich in der nochmaligen Vernehmung erst nach Bekannt- gabe der übrigen Aussagen zur Wahrheit."* Er wird sicher schrecklich gefoltert worden sein.

Cees Ruijter (Rotterdam): *„Die meisten Jungs von Stube 29 waren von der Marinewerft in Den Helder im Juni 1942 zur Zwangsarbeit auf der A.G. Weser gezwungen worden. Nach einem halben Jahr, so um die Weihnachtszeit, sind die ungefähr 150 jungen Männer in zwei Schichten für 14 Tage nachhause beurlaubt worden. Dabei hatte einer aus Stube 29 einen Radioapparat mit nach Bremen genommen und im Zimmerversteck aufbewahrt und auch englische Sender abgehört. Im Juni 1943 sind diese jungen Männer nach anderthalb Jahren wieder auf Urlaub nach Den Helder gefahren. Wie ich noch weiß, haben Lagerinsassen den Urlaubern Briefe mitgegeben. Während der Zugkontrolle haben sie die Briefe versteckt oder aus dem Fenster geworfen. In solchen später gefundenen Briefen standen Informationen über abgehörte Feindnachrichten. Vielleicht wurde dabei auch die Adresse von Tirpitz oder die Heimatadresse gefunden. Eines Abends nach 18 Uhr waren keine Jungs mehr auf Stube 29, alle waren am Arbeitsplatz von der Polizei oder Gestapo festgenommen worden. Ich habe in dieser Zeit in Stube 24 genau gegenüber gewohnt."*



Cees Ruijter

Im Urteil des Bremer Sondergericht vom 24.11.1943 heißt es: Der Schlosser Johannes Demmers *„hat seit April 1943 häufig gegen 20.15 Uhr das Radiogerät eingestellt, um eine Sendung des Londoner Senders in holländischer Sprache abzuhören ... Bei der langen Dauer des Abhörens müssen aber alle mindestens 30mal dabeigewesen sein. Anschließend unterhielten sie sich über das Gehörte und verglichen es mit den deutschen Nachrichten ... Es bedeutete eine erhebliche Gefahr für Deutschland, wenn Ausländer durch feindliche Nachrichten falsche Vorstellungen über die Kriegslage und eine falsche Einstellung gegenüber Deutschland gewinnen."*

Johannes Demmers und Henk Kloot wurden erst nach Einmarsch der Alliierten am 12.06.1945 aus dem Zuchthaus Zwickau entlassen.

Raimund Gaebelein

Vierfache Schuld

... großformatigen Abbildungen darauf hin. Am Beispiel des Schicksals der Familie Morgenstern wurde noch einmal deutlich, welche verhängnisvollen Auswirkungen dieses Denken hatte. Der Vater, der Onkel, die Tante, die Cousine, alle deportiert nach Auschwitz, alle ermordet, seine Cousine Jacqueline als Opfer medizinischer Versuche der SS-Ärzte am 20. April 1945 in der Schule Am Bullenhuser Damm erdrosselt, um die Spuren der Verbrechen zu beseitigen. SS-Obersturmführer Arnold Strippel musste nie für seine Untaten büßen. Seine Blutspur zieht sich von Majdanek bis Oradour. Henri Morgenstern hatte Glück, wurde von seinen Eltern auf dem Land versteckt. Nach Eintritt in den Ruhestand widmet sich der frühere Zahnarzt verstärkt historischen Forschungen.

Als vierfache Schuld bezeichnet er den Umgang mit den Opfern und Hinterbliebenen, die Inkonsequenz in der persönlichen Aufarbeitung der Schuld, die Enteignung und Ermordung von Millionen Juden in Europa und die Nichterstattung geraubten Gutes. Das Schuldbekenntnis und die damit verbundene Mahnung erreichten Tausende Besucher des Deutschen Evangelischen Kirchentags.

Raimund Gaebelein

Geburtstage im Juli 2009

Guido Hendrickx	09.07., 75 J.
Friedrich Becker	11.07., 82 J.
Jean-Marie Vanden Eynde	28.07., 87 J.

im August 2009

Henryk Hauffe	25.08., 86 J.

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden vom Landesvorstand

"Der Bremer Antifaschist", kurz BAF, ist die Zeitung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Bremen e.V. (VVN-BdA) und erscheint monatlich.

Wir sind **Am Speicher XI Nr. 9**, 28217 Bremen, erreichbar.

Beim BLG-Forum - nicht im Speicher XI

Tel.: 0421/38 29 14
Fax: 0421/38 29 18

Montag u. Donnerstag: 17:00 - 18:00 Uhr

E-Mail: bremen@vvn-bda.de
Internet: www.bremen.vvn-bda.de
Internet: www.kueste.vvn-bda.de

Für unsere Unterstützung unserer Arbeit:
Die Sparkasse in Bremen
BLZ: 29050101 - Konto-Nr.: 1031913
Wir sind vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt.

Antifaschistische Stadtrundgänge können entweder über unser Büro (382914 bzw. bremen@vvn-bda.de) oder über Raimund Gaebelein (6163215 oder 0173-9350476) angemeldet werden.

Der Geschäftsführende Vorstand trifft sich montags von 18:00 - 19:30 Uhr.
Der Landesvorstand trifft sich am letzten Montag eines Monats von 18:00 - 20:30 Uhr.
Die Sitzungen sind mitgliederöffentlich.

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluss ist am 05. des Vormonats

V.i.S.d.P.: Raimund Gaebelein

Nachdruck ist mit Quellenangabe und Belegexemplar erwünscht!

Mich interessieren folgende Themen:

- o Einwanderer und Flüchtlinge
- o Rassismus
- o Neofaschismus
- o Frieden/Antimilitarismus
- o Erinnerungsarbeit

- o Ich möchte mehr über die VVN-BdA wissen.
- o Ich bin bereit einzelne Aktionen zu unterstützen.
- o Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.
- o Ich möchte den "Bremer Antifaschist" probeweise / regelmäßig beziehen.

Name ____________________
Straße ____________________
PLZ, Ort ____________________
Bremen, den ____________________